

Kurzbericht

Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(27. Sitzung am 24. November 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

hierzu: **Eingabe** 01954/01/18

Der Unterausschuss behandelte **in öffentlicher Sitzung** die Eingabe. Gegenüber dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen votierte er dafür, dem Landtag folgenden Beschluss zu der Eingabe zu empfehlen:

„Der Landtag sieht die Personalkostenbudgetierung insbesondere im Justizvollzug für sinnvoll an. Das Anliegen wird der Landesregierung jedoch hinsichtlich der geplanten Festlegung neuer und transparenter Kriterien für die Verteilung des Personal- und Sachkostenbudgets als Material überwiesen.“

2. **Unterrichtung des Justizministeriums zur Situation islamistischer Straftäter im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung **teils in öffentlicher, teils in nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.

3. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung **in nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.